



KOMMENTARE

Scheinargument

Klaus Welzel zum Cannabis-Gesetz

Wenn der Bundesrat heute über das Gesetz zur Freigabe von Cannabis berät, so bewegt das viele Menschen. Die einen befürchten Gesundheitsgefahren insbesondere für Jugendliche und Kinder, andere freuen sich über Straffreiheit im Falle eines „normalen Konsums“. Beide Positionen sind nachvollziehbar. Und selbstverständlich kann man auch über die Altersgrenze von 18 Jahren streiten: In diesem Alter ist die Reifung des Gehirns noch in Gange. Warum also nicht den Cannabis-Konsum erst ab 21 oder auch ab 25 erlauben – und den von Alkohol am besten dazu? Die „Ampel“ orientiert sich lieber an der Volljährigkeit. Kann man machen; doch sollte der „Großversuch“ wissenschaftlich begleitet werden. Ist ja auch geplant.

Ein „Gegenargument“ jedoch wirkt völlig aus der Zeit gefallen: Die Überforderung der Justiz. Weil Gerichtsakten immer noch nicht vollständig digitalisiert sind, fürchtet der Richterbund 100 000 Überstunden bei der Aufarbeitung der Altfälle. Mag ja sein. Aber die verschlafene Digitalisierung kann doch nicht allen Ernstes ein Argument dafür sein, um Menschen für eine Tat etwa im Gefängnis zu behalten, die der Gesetzgeber nicht mehr als strafwürdig ansieht. Womöglich zeugen die Bedenken aber auch von einer grundsätzlichen Ablehnung. Dann sollte das aber auch so gesagt werden.

Strukturfehler

Gernot Heller zur Bahn-Bilanz

Die Deutsche Bahn ist kein Unternehmen wie jedes andere. Sie gehört dem Bund, soll einen entscheidenden Beitrag zur Mobilitätswende leisten, dazu immer mehr Kunden verwöhnen, aber letztlich auch das tun, was Unternehmen nun mal tun sollten: Gewinne schreiben. Sie ist eine rundum politische Gesellschaft, die nach vielen, teils gegensätzlichen Regeln läuft und damit letztlich nur scheitern kann. Das Maß des Scheiterns bemisst sich an der Höhe der Jahresverluste und der Vielschichtigkeit der Probleme. Derzeit ist dieser Verlust mal wieder in Milliardenhöhe.

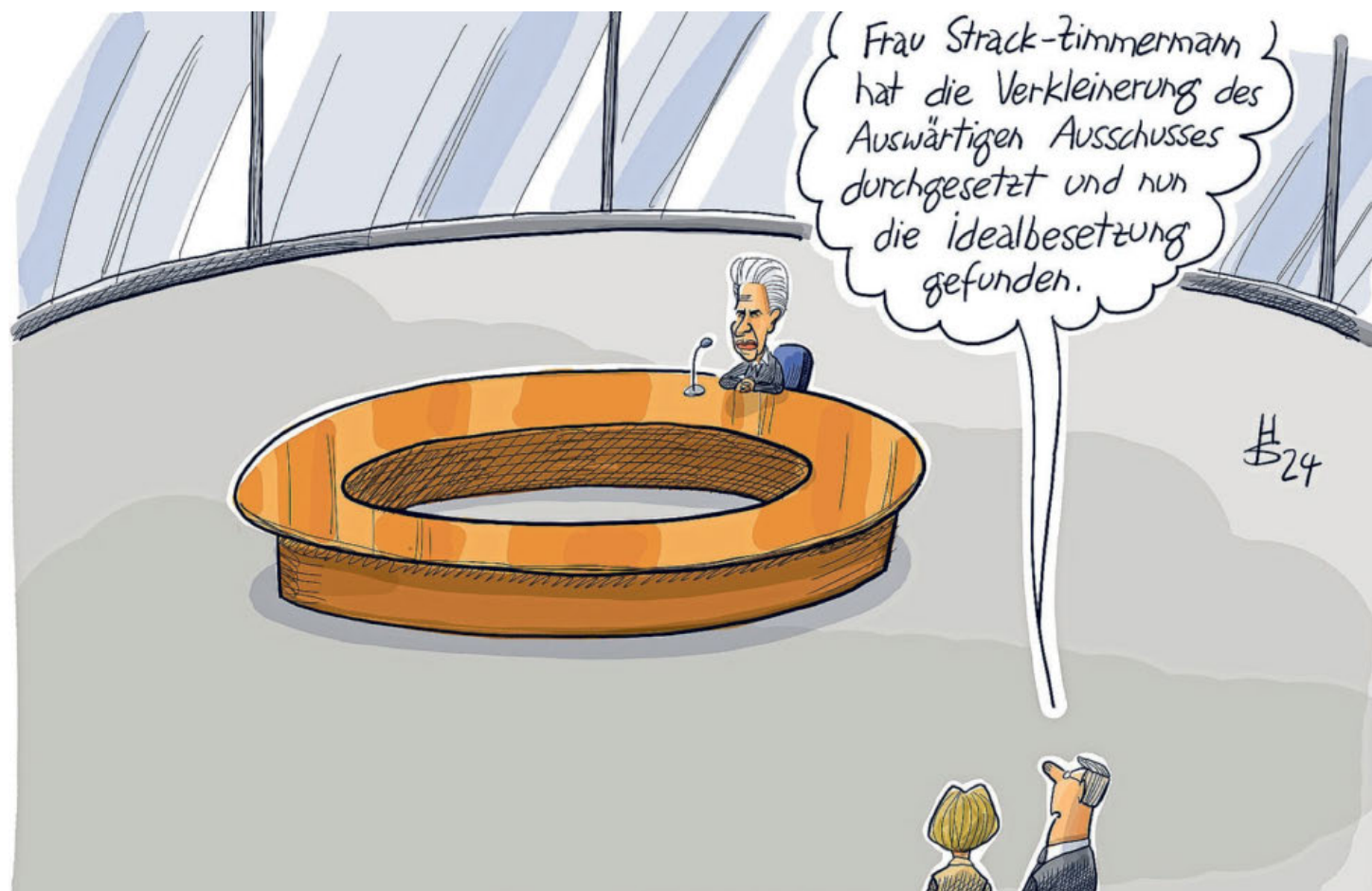
Dass die wirtschaftlichen Ziele des Unternehmens dabei außer Reichweite geraten, kann kaum verwundern. Wenn die Bahn ihr Publikum mit Tiefstpreisen verwöhnen, teure Tarifabschlüsse nach kostspieligen Streiks bezahlen und dazu noch die monumentale Schuldenlast von netto 34 Milliarden Euro bedienen soll, dann können daraus keine glänzenden Gewinne entstehen. Und ob mit der gegenwärtigen Strategie die angepeilte Verdopplung der Fahrgastzahlen bis 2030 gelingt, steht in den Sternen. Wenn die Bahn sich also nicht straffere und transparente Strukturen mit stimmigeren Zielen gibt, dann wird es nichts mit einem effizienten, attraktiven und umweltfreundlichen Schienenverkehr.

Ohne Plan

Mareike Enghusen zum Gazakrieg

Bald ein halbes Jahr dauert der Krieg im Gazastreifen bereits. Ganze Straßenzüge liegen in Trümmern, wohl rund 30 000 Menschen sind tot; und auch wenn die von der Hamas verbreiteten Opferzahlen zu Recht umstritten sind, besteht kein Zweifel daran, dass neben Tausenden Terroristen auch Tausende Unschuldige sterben mussten. Die Terrororganisation Hamas hat diesen Krieg begonnen, mit ihren Gräueltaten am 7. Oktober. Israel blieb keine Wahl, als diese Kriegserklärung anzunehmen. Doch je länger dieser Krieg dauert, desto deutlicher wird die Planlosigkeit der Regierung für den „Tag danach“.

Den „totalen Sieg“ über die Hamas verspricht Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu. Doch weder erklärt er, wie dieser Sieg aussehen soll, noch, wie er zu erringen ist. In weiten Teilen Gazas herrscht Gesetzlosigkeit, wie die Schwierigkeiten bei der Verteilung humanitärer Güter auf so fatale Weise deutlich machen. Das Machtvakuum nützt der Hamas. Der Fall des Shifa-Krankenhauses ist beispielhaft dafür: Vor Monaten hatte die israelische Armee die Klinik im Norden Gazas unter ihre Kontrolle gebracht – kurzzeitig. Vor wenigen Tagen starteten die Truppen einen neuen Einsatz im Shifa: Hunderte Terroristen hatten sich erneut dort einquartiert.



Perfekt bei Geheimhaltungs- und sonstiger Kompetenz

Karikatur: Heiko Sakurai

„Atomkraft ist keine Kaffeemaschine“

Umweltexperte Uekötter sieht für die Kernenergie keine Zukunft mehr – Nicht nur in Deutschland

Von Benjamin Auber

Heidelberg. Im vergangenen Jahr endete das Atomkraftzeitalter in Deutschland nach 66 Jahren, nachdem im Jahr 1957 der erste Forschungsreaktor der Technischen Universität München in Betrieb genommen wurde. Schon bei der Weltklimakonferenz in Dubai im Dezember 2023 hatten 22 Industrieländer verkündet, dass sie die Nutzung der Atomkraft bis 2050 verdreifachen wollen, um ihre Klimaziele erreichen zu können. Frank Uekötter (Foto: zg), der Professor für Technik- und Umweltgeschichte an der Ruhr-Universität Bochum ist, forscht seit Jahren auf dem Gebiet. Er glaubt, dass das Atomkraftzeitalter nicht nur in Deutschland vorbei ist, sondern, dass es für alle Länder eine Fehlinvestition sein kann.



> Herr Uekötter, glauben Sie, dass das Zeitalter der Atomenergie in Deutschland endgültig vorbei ist?

Wir werden auf absehbare Zeit keinen nennenswerten Beitrag von deutschen Atomkraftwerken zur Stromerzeugung haben. Es gibt eine Forschungseinrichtung zur Kernfusion in Greifswald und wir haben Versuchsprojekte in Nachbarländern und Bauprojekte mit klassischer Leichtwassertechnologie. Aber in Deutschland müsste schon etwas Dramatisches passieren, bevor wieder ein Unternehmen in Atomkraft investiert.

> Hat die Anti-Atomkraft-Bewegung ihre volle Wirkung in den vergangenen Jahrzehnten entfaltet, sodass eine Rückkehr wirklich ausgeschlossen ist?

Die Anti-Atomkraft-Bewegung hat zunächst dazu geführt, dass wir weniger Atomkraftwerke gebaut haben als ursprünglich geplant. Das hat unserem Land eine gigantische Fehlinvestition erspart. Sie hat viele Risiken bekannt und einen geordneten Ausstieg möglich gemacht, mit klarem Fahrplan und ohne Wohlstandsverluste. Atomkraft scheiterte aber nicht nur am Protest, sondern auch an sich selbst. Heute hat Atomkraft an halbwegs freien Märkten keine Chance mehr.

> Waren die Nuklearkatastrophen dennoch der entscheidende Grund für das endgültige Aus?

Die Katastrophen waren ein Art Katalysator der gesellschaftlichen Debatte, aber sie waren nicht der Grund für den Niedergang. Der hat letztlich damit zu tun, dass die Atommeiler viel komplizierter, störan-

fälliger und damit auch teurer waren, als man in den 1970er-Jahren gedacht hatte.

> Und wenn eine neue Technologie mehr Sicherheit und kaum Atom Müll versprechen würde?

Die großen Hoffnungen richten sich heute auf kleine modulare Reaktoren. Diese haben aber zwei große Probleme. Erstens gibt es sie bislang nur als Entwürfe, ob sie tatsächlich betriebssicher und kostengünstig sind, werden wir erst dann sehen, wenn es erste Prototypen gibt. Zweitens sind kleine Reaktoren halt klein. Da müsste man in Deutschland schon ein paar hundert Anlagen bauen, um einen substanziellen Beitrag zur Stromproduktion zu leisten.

> Könnte die Union es trotzdem schaffen, die Debatte wieder auf die Tagesordnung zu bringen?

Es gibt da eine neue Leichtfertigkeit im Reden über Kernenergie, die mich sprachlos macht. Ist das die Lust an Kulturkämpfen oder eine Flucht in die Gewissheiten einer vergangenen Zeit? Haben die Politiker wirklich vergessen, wie groß die Pfadabhängigkeit und das Trägheitsmoment solcher Anlagen sind? Es wird geredet über Atomkraft, als sei es eine Kaffeemaschine, die man einfach mal wieder kauft und problemlos ein- und ausschalten kann.

> Wenn Energiekosten weiterhin steigen: Könnte die Stimmung nicht kippen?

Wer kurzfristigen Stimmungen nachjagt, ist bei Kernkraftwerke falsch, denn deren Bau dauert viel zu lange. Und die sechs Reaktoren, die kürzlich vom Netz gegangen sind, waren eine ziemlich marginale Größe auf dem Strommarkt. Es ist auch völlig unklar, wo wir die Brennelemente für den Weiterbetrieb herbekommen hätten. Die USA kaufen ihre Brennelemente

weiterhin in Russland, egal was in der Ukraine los ist. Und zwar deshalb, weil die USA vor Jahrzehnten aus der Brennelementeproduktion ausgestiegen sind.

> Dennoch erlebt die Atomkraft in anderen Ländern eine Art Renaissance ...

In allen marktwirtschaftlichen Demokratien befindet sich die Atomkraft in einem dramatischen Niedergang. Von Frankreich bis in die USA gibt es überall dieselben Probleme: gigantische Anfangsinvestitionen und die mangelnde Flexibilität auf einem sehr dynamischen Strommarkt. Das macht Kernenergie betriebswirtschaftlich toxisch.

> Aber China baut sehr viele Atomkraftwerke. Liegt das Land da so falsch?

Für mich sind die chinesischen Pläne eher Zeichen einer schwachen Regierung. Mich erinnert das an die späte DDR. Dort war Atomkraft die einzige Alternative zur Braunkohle, und da gab es grandiose Ausbaupläne, weil die nuklearen Planer wussten: Es gab keine Experten, die ihre Versprechen entlarven konnten. Ohne Marktwirtschaft und Demokratie regieren Bürokraten, die grandiose Versprechungen machen, weil dann das Geld fließt. Und wenn sich dann beim Bau der Reaktoren herausstellt, dass die Rechnung nicht aufgeht, kommt die Regierung nicht mehr aus der Nummer heraus. Mit anderen Worten: Dieses Bautempo ist vielleicht in Wirklichkeit Ausdruck einer Kapitulation vor einem nuklearen Komplex, der ab einer gewissen Größe einfach nicht mehr politisch zu kontrollieren ist.

> Sind wir nicht scheinheilig, wenn wir bei Flaute Atomstrom aus dem EU-Ausland beziehen, obwohl manche Anlagen direkt an der Grenze liegen?

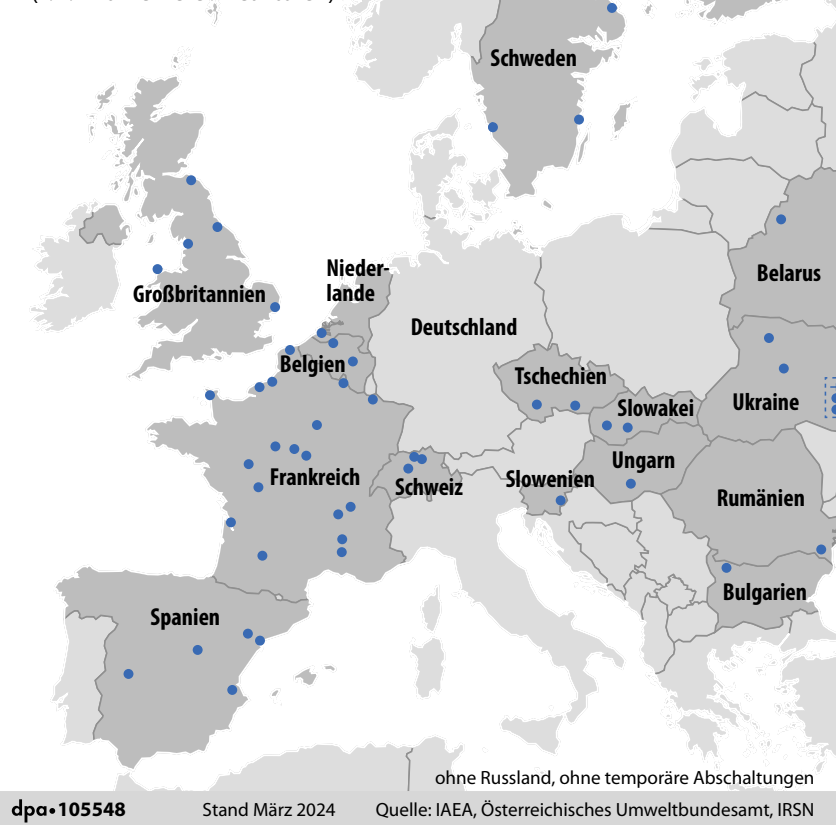
Es ist ja erst mal keine Frage der Moral, sondern eine des europäischen Binnenmarkts für Energie – der übrigens wie kaum etwas anderes zum Niedergang der Atomkraft beigetragen hat. Im Übrigen sollte man auf aktuelle Wasserstands-meldungen nicht zu viel geben. Auf lange Sicht zählen Investitionen in neue Kraftwerke und die Restlaufzeiten der bestehenden Reaktoren.

> Rettet die Atomkraft unser Klima oder ist es nur ein vorgeschobener Mythos?

Es geht um reines Politikmarketing – ein nettes Attribut für Anlagen, die man ohnehin betreibt. Ausgerechnet in den 1980er- und 90er-Jahren, als der Klimawandel politisch virulent wurde, rutschte die Atomwirtschaft überall im Westen in die Sklerose, in der sie bis heute feststeht. Dabei hätte man eigentlich noch viel mehr bauen müssen als in den 1970er-Jahren – aber das hat bezeichnenderweise niemand ernsthaft versucht.

Atomkraftwerke in Europa

• aktive Kraftwerkstandorte (z. T. mit mehreren Reaktoren)



dpo • 105548 Stand März 2024 Quelle: IAEA, Österreichisches Umweltbundesamt, IRSN ohne Russland, ohne temporäre Abschaltungen

RNZ-RÜCKSPIEGEL

22. März 2004

Heute vor 20 Jahren starb Scheich Ahmad Yasin

Hamas, Fatah, Hisbollah und Intifada? Wer blickt noch durch im Nahen Osten? Ziemlich klar ist die Sache bei Scheich Ahmad Yasin. Früh nach einem Unfall querschnittsgelähmt, hat er 1948/49 die Vertreibung in seiner palästinensischen Heimat miterlebt. Er studiert in Kairo und baut in Gaza einen Arm der Muslimbrüderschaft auf. Zu Beginn der ersten Intifada, dem Aufstand der Palästinenser, gründet er 1987 die Terrororganisation Hamas. Sie regiert bis heute im Gazastreifen, die gemäßigte Fatah im Westjordanland, die Hisbollah im Libanon. Auch in der zweiten Intifada ab 2000 ist der Scheich der geistige Anführer und rechtfertigt zahlreiche Anschläge. „Der Staat Israel hat heute das Oberhaupt des palästinensischen Terrors getroffen, dessen Weltanschauung nur aus einem Bestand: der Ermordung und Vernichtung der Juden“, begründet Israel 2004 seine Ermordung. Doch neue Anführer wachsen nach, ein Ende des Konflikts ist ferner denn je. fsl

PRESSESPiegel

Von Grund auf neu aufstellen

Die „Ludwigsburger Kreiszeitung“ schreibt zur Bahn-Bilanz:

„Viel zu lange ging es mehr um Dividende für den Bund als darum, dem Staatskonzern die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen, um die Infrastruktur in Ordnung zu halten und zu modernisieren. (...) Die Politik muss stärker die Richtung vorgeben und den Konzern von Grund auf neu aufstellen.“

EU muss am Ball bleiben

Die „Märkische Oderzeitung“ aus Frankfurt/Oder meint zum Westbalkan:

„Gleichzeitig droht der EU hier eine neue, hybride Front im Ringen mit Russland. Denn Moskau kann diese Staaten zur Destabilisierung des Kontinents nutzen. Hier am Ball zu bleiben, ist für die EU enorm wichtig. Denn eine zweite Front der Instabilität kann sich Europa in diesen Zeiten nicht leisten.“

Nicht nur die Grünen sind schuld

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ bemerkt zur Cannabis-Legalisierung:

„Die Grünen dürften über ihre Beteiligung an vielen Landesregierungen dafür sorgen, dass im Bundesrat nicht genug Stimmen zusammenkommen, um den Vermittlungsausschuss anzurufen. Doch sollten am Ende nicht nur sie politisch für die Folgen geradestehen müssen, sondern auch die Bundespolitiker der SPD von Lauterbach bis Innenministerin Nancy Faeser, die sich ihnen wider besseres Wissen nicht entgegenstellten.“

Bringt neue Ungewissheit

Zum Rücktritt von Irlands Regierungschef Varadkar heißt es in der „Irish Times“:

„Das Beharren der Regierungsparteien, diesen Schritt werde nicht zu Neuwahlen führen, war ebenso vorhersehbar wie die Behauptung der Opposition, nun seien Neuwahlen erforderlich. Aber selbst wenn wir davon ausgehen, dass ein neuer Taoiseach vom Dáil (Parlament) gewählt werden kann (...) bringt Varadkars Ankündigung neue Ungewissheit für die kommenden Monate mit sich.“

IMPRESSUM

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG



Gegründet 1945 als erste deutsche Zeitung in Württemberg-Baden

Herausgeber: Inge Höltzke, Joachim Knorr
Chefredakteure: Inge Höltzke, Dr. Klaus Welzel

Chef von Dienst: Joachim Knorr, Thomas Heilmann · Politik/Wirtschaft: Dr. Klaus Welzel, Stellv. Christian Altmeyer · Feuilleton: Dr. Volker Oesterreich · Sport: Claus Weber, Stellv. Nikolas Beck · Metropolregion/Bergstraße: Carsten Blau, Stellv. Alexander Albrecht, Stefan Hagen · Redaktion Heidelberg: Alexander R. Wenisch, Stellv. Holger Buchwald · Region Heidelberg: Christoph Moll, Stellv. Felix Hill · Magazin: Ute Teubner · Reise: Robin Höltzke · Service-/Kinderredaktion: Constanze Werry · Verlagsleiter: Joachim Knorr, Thomas Heilmann · Anzeigen: Andreas Miltner · Vertrieb: Michael Engelhardt, Stellv. Jochen Spilger

Alle 69117 Heidelberg, Neugasse 2, Telefon: 0 62 21 / 519-0
Verlag: Rhein-Neckar-Zeitung GmbH
Druck: Heidelberger Mediengestaltung-HVA GmbH, Heidelberg, Hans-Bunte-Straße 18

Monatsbezugpreise einschl. 7 % MwSt.: Durch Träger 57,90 €, im Postbezug 61,20 €. Abbestellungen können nur in Textform ausgesprochen werden. Bei Störung durch höhere Gewalt, Streik, Aussperrung besteht kein Ersatzanspruch.
Gültige Anzeigenpreisliste: Nr. 76. Für unverlangte Manuskripte keine Gewähr.

Erscheint mit folgenden Ausgaben:

Heidelberger Nachrichten, Region Heidelberg, Wieslocher Nachrichten/Waldorfer Rundschau, Eberbacher Nachrichten, Bergstraße/Mannheim – Weinheimer Rundschau, Sinsheimer Nachrichten – Bad Rappenauer Bote/Eppinger Nachrichten, Mosbacher Nachrichten, Nordbadische Nachrichten.